

# Hallesche Zeitung



## Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen

Abend-Ausgabe

(Privilegiert 1703)

226 Jahrgang, Nr. 45

Zwei täglich erscheinende Blätter im mitteldeutschen Sprachgebiet. Verleger: Leo Trotski, 111, Berlin, Wilhelmstraße 111. Preis: 2.00 M. pro Quartal, 6.00 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr. — Druck: 2.00 M. pro Quartal, 6.00 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr. — Abnehmer: 2.00 M. pro Quartal, 6.00 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr. — Abnehmer: 2.00 M. pro Quartal, 6.00 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr.

Donnerstag  
21. Februar 1929

Abonnementpreis für die Hallesche Zeitung 10 Pf., für Familienabnahme 5 Pf., Subskription nach Zahl: 2.00 M. pro Quartal, 6.00 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr. — Druck: 2.00 M. pro Quartal, 6.00 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr. — Abnehmer: 2.00 M. pro Quartal, 6.00 M. pro Halbjahr, 12.00 M. pro Jahr.

### Trotski

Leo Trotski — Leib Bronstein, wie er einst hieß — scheint nicht nach der bürgerlichen Ordnung und Sicherheit des alten Reiches zu haben, nach derselben Ordnung, die er seine Gefinnungsgenossen mit Word und Totschlag auszuweisen verfuhr. Noch weiß man nicht, ob Trotskis Bitte um Asyl von der Reichsregierung genehmigt wird. Da aber alle Stimmen dafür sprechen, daß der gestürzte Schöpfer der Armee bald mehr oder weniger heimlich innerhalb der Grenzen Deutschlands auftauchen wird, darf man wohl einige Überlegungen an dieses Ereignis knüpfen.

Trotski geht nicht das, erfenial in die Verbannung. Schon wurde er nach Sibirien verbannt, lebte dann als Flüchtling in Wien, während der ersten Kriegsjahre in Paris, nach dem Vereinigten Staaten, von wo er nach Rußland zurückkehrte, um im November 1917 mit Lenin in St. Petersburg die kommunistische Revolution zum Siege zu führen. So oft er auch eingesperrt und verbannt wurde, nie hat er in revolutionären Arbeit geruht. Von Wien, von Paris, von Moskau aus, ja sogar in Sibirien war er der führende Geist der internationalen Arbeit. Von Wien, von Paris, von Moskau aus, ja sogar in Sibirien war er der führende Geist der internationalen Arbeit. Von Wien, von Paris, von Moskau aus, ja sogar in Sibirien war er der führende Geist der internationalen Arbeit.

Freut sich nur, welche Richtung Trotskis Arbeit im nächsten Jahr wird. Wird Trotski sich gegen die wenden, die den Kommunismus? Wird er in erbittertem Ringen um die Unparteilichkeit seiner Auffassung von den Lehren Marx' und Engels' neue Kräfte etwa in der deutschen kommunistischen Bewegung wecken, um auf dem Umweg über die kommunistische internationale Einfluss auf die russische kommunistische Bewegung zu gewinnen? Wir glauben dies aus zwei Gründen. Einmal hätte Stalin einen Gegner von dem Gewicht Trotskis niemals aus der Hand gelassen, wenn er eine solche Opposition von ihm erwartet hätte. Hierüber ist kaum anzunehmen, daß nicht-russische kommunistische Organisationen in Deutschland weniger als bisher dem Nachdruck des jeweiligen russischen Diktators in Rußland gehorchen. Die kommunistische Partei ist und bleibt Seele und Inhalt der kommunistischen Internationale. Auf der anderen Seite dem Charakter Trotskis kein Anhaltspunkt für die Aufhebung des Kampfes gegen den ersten kommunistischen Staat. Trotski überwarf sich mit Stalin nicht wegen der Lösung des bolschewistischen Systems in Rußland, sondern wegen der verschiedenen Auffassung über den Fortschritt der Weltrevolution.

Trotski, der in Sowjetrußland ein lästiger und unumkehrbarer Kritiker war, wird im Ausland wieder zum Helden. Trotski überwarf sich mit Stalin nicht wegen der Lösung des bolschewistischen Systems in Rußland, sondern wegen der verschiedenen Auffassung über den Fortschritt der Weltrevolution. Trotski, der in Sowjetrußland ein lästiger und unumkehrbarer Kritiker war, wird im Ausland wieder zum Helden. Trotski überwarf sich mit Stalin nicht wegen der Lösung des bolschewistischen Systems in Rußland, sondern wegen der verschiedenen Auffassung über den Fortschritt der Weltrevolution.

## Experimente mit dem Transferschuh

### Austausch des Transfers gegen die Wohlstandsrichtzahl?

(Telegraphische Meldung)

Paris, 21. Februar.

In der Vollziehung der Sachverständigen am Mittwoch nachmittag wurde die Ausgabe über den Bericht Sir John Stamps fortgesetzt, der in der Vorbemerkung die auf die weitere Arbeit der Konferenz bezüglichen Vorschläge des Unterausschusses vorgetragen hatte. Diese Vorschläge, die die verschiedenen Möglichkeiten offen ließen, waren Gegenstand einer eingehenden Aussprache, an der sich alle Abordnungsführer beteiligten. Das Ergebnis ist insofern nicht ungünstig, als namentlich dem Sachverständigenausschuss, der am Donnerstag wieder tagen wird, bestimmte Richtlinien erteilt werden konnten. Ueber die Einzelheiten verläuft nicht allzuweit, doch sieht sich die Transferschuhfähigkeit Deutschlands und alle die Probleme, die sie umfaßt, im Mittelpunkt der zukünftigen Aussprachen stehen werden. In welcher Weise das Transferproblem angegriffen werden soll, und in welcher Reihenfolge alle diejenigen Unterfragen, aus denen sich die Transferschuhfähigkeit Deutschlands ergibt, wie beispielsweise Zahlungsabklärung, Handelsabklärung, auswärtige Kredite, behandelt werden sollen, darüber soll der Unterausschuss entscheiden.

Freitag wird der Vollziehung der vom Unterausschuss einstimmig vorgeschlagene Arbeitsplan vorgelegt werden. Ueber die Mittwoch-Sitzung der Sachverständigen berichtet der "New York Herald", daß man bei der Aussprache über die Transferschuhfähigkeit Deutschlands von Anfang an klar sehen müsse, daß ein Unterschied zwischen den Reparationszahlungen an den Reparationsagenten und dem Transfer dieser Reparationszahlungen gemacht werden müsse. Weiter sei über den Betrag der Auslandsanleihe gesprochen worden, die Deutschland seit dem Zusammenfallen des Reiches im Jahre 1918 aufgenommen habe. Man allgemein das Gefühl, daß bei der Aufstellung der Jahresleistungen keine der Abforderungen zu sehr auf den Forderungen beruhen werde, die in den Besprechungen erhoben worden seien.

Zwischen dem Mindestmaß an Zahlungen, das unter allen Umständen von Deutschland verlangt werden müsse, und dem Höchstmaß, das die deutsche Wirtschaft unter den günstigsten Umständen leisten könne, bestehe ein weiter Spielraum. Der Entschluß, für Oron Young, Th. N. Perkins, wird am Freitag in Paris erwartet.

Der "Paris Herald" meint in einer Besprechung der Sachverständigenarbeiten, die Wohlstandsrichtzahl stelle für Frankreich und die Alliierten die Hauptstütze dar und dürfe nur gegen sehr bedeutende Gegenleistungen aufgegeben werden. Der Sachverständigenausschuss werde wohl zu einer Lösung kommen, die den

Transferschuh für einen Teil der Jahresraten bestehen lasse. Auf diese Weise könnten die im Damoclesplan vorgesehenen Zahlen sicher aufrechterhalten werden. Vielleicht werde sich dann auch Dr. Schacht nicht mehr weigern, die Aufrechterhaltung der jetzigen Damoclesraten anzunehmen. Der Kampf der Sachverständigen werde deshalb auch wohl weniger um die Höhe als um die Jahresraten gehen, denn die Deutschen müßten sehr wohl, daß sich die europäischen Verbündeten darüber einig seien, die Dauer der Zahlungen des Reiches nach ihren eigenen Zahlungen an Amerika zu regeln.

Das "Ceuvre" meint, daß je nachdem, ob Deutschland auf die Transferschuh Klausel verzichte oder diese aufrechterhalte, es abhängig, ob man Deutschland von der fremden Vermundenschaft befreie oder nicht. Die Privatlieferung der deutschen Schuld hänge ebenfalls von dieser Entscheidung ab. Der "Excelsior" ist der Auffassung, daß die deutsche Abordnung nur deshalb noch keine Bitten gemacht hätte, weil sie bei dem Angebot einer Jahresrate von 1,5 bis 1,8 Milliarden Mark die einmütige Ablehnung der Ausschussmitglieder fürchtete. Das Blatt meint, die Aussprache werde zu einer gegenseitigen Aufgabe der beiden Parteien führen, bei der Transferschuh, der dem Schlußvertrage günstig sei, und der Wohlstandsrichtzahl, die den Gläubigerstaaten zum Vorteil gereiche.

## Curtius gleichzeitig Preußen-Minister?

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Februar.

Der preussische Ministerpräsident hat einen neuen Kompromißvorschlag in die preussischen Koalitionsverhandlungen hineingetragen, durch den die Ausschüsse für eine Lösung günstiger beurteilt werden. Wie die "D. D. Z." erzählt, will der neue Kompromißvorschlag für Preußen den Versuch machen, den Anspruch der Deutschen Volkspartei auf zwei Ministerposten in Preußen doch noch zu erfüllen. Es sei nämlich daran gedacht, einen der vormaligen Reichsminister zum preussischen Staatsminister ohne Portfeuille zu ernennen, natürlich unbeschadet der Forderung der Beibehaltung eines Staatssekretariatspostens. Diese Doppelstellung als Minister im Reich und in Preußen sei dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zugeordnet. Ob die vormalige Reichsministerstellung sich mit dieser Kompromißlösung einverstanden erklären könne, sei noch nicht abgesehen, da sie erst im Laufe des Donnerstag dazu Stellung nehmen werde.

des Innern Graf Soden Meinungsverschiedenheiten, die zum Rücktritt der beiden Minister im Dezember 1918 führten. Die Leiche des Verstorbenen wird am Freitag nach Nürnberg zur Beisetzung in der Familiengruft überführt.

## Reichsregierung und Stahlhelm

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Februar.

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, hat man sich innerhalb der Reichsregierung wiederholt mit der durch die sogenannten Stahlhelmschleusen gefassten Lage befaßt. Dabei soll vor allem die Stellung der Beamten im Stahlhelm erörtert worden sein. Eine hohe und autoritative Stelle habe namentlich Fühlung mit dem Stahlhelm genommen, um eine klare und ungewandte Auskunft, insbesondere über die verschiedenen Hauptposten des Stahlhelm, gegen den Staat zu erhalten. Von der gewünschten Auskunft würden weitere politische Entscheidungen abhängen.

## Die Mittelmeerfahrt des Zeppelins

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 21. Februar.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, finden zuerst bei den in Frage kommenden Behörden unter Mitwirkung Dr. C. C. E. n. e. r. s., der am Mittwoch in Berlin eingetroffen ist, Besprechungen darüber statt, wie die Mittelmeerreise des "Graf Zeppelin" organisiert werden soll. Nach allem, was bis jetzt bekannt geworden ist, steht mit ziemlicher Sicherheit fest, daß das deutsche Luftschiff "Graf Zeppelin" nicht nur auf die Überfliegung Kapverdens, sondern auch auf ähnliche Vermessungen auf die Überfliegung Palästinas und Syriens vorzuziehen ist, so daß der Orient bei der Reise nicht berührt werden dürfte, es sei denn, daß man sich noch in letzter Stunde entscheidet, Klein-Asien bzw. den Bosporus anzufliegen.

## Freiherr Kref von Krefenstein †

(Telegraphische Meldung)

München, 21. Februar.

In München verstarb im Alter von 79 Jahren der ehemalige bayerische Kriegsminister Generaloberst Otto Freiherr Kref von Krefenstein. Freiherr Kref von Krefenstein wurde am 16. September 1850 geboren. Er war im Münchener Kadettenkorps, wurde er kurz vor Ausbruch des Krieges von 1870 Leutnant. Nach Zurücklegung der Generalstablaufbahn wurde er 1897 Kommandeur des 6. Chevaux-légers-Regiments, 1904 Generalleutnant und Inspekteur der bayerischen Kavallerie, 1906 Kommandeur der 1. bayerischen Division, 1910 General der Kavallerie und Kommandierender General des 3. bayerischen Armeekorps, 1912 bayerischer Kriegsminister. Während des Krieges entfielen zwischen ihm und dem Minister

schwert. Man muß schon zur Moske des armen Flüchtlings, des Verbannten, des Verbannten steigen, wenn man Eingang in die verbotene bürgerliche Welt finden will. War Bronstein-Trotski denn wirklich in Konstantinopel? Vielleicht sah er noch in Moskau, als so mitleiderregend von seinem Konstantinopel-Aufenthalt erzählt wurde; denn es dürfte feststehen, daß er den Türen kein willkommener Gast ist. Es gibt nämlich außer

Deutschland keinen Staat, der Trotski Asyl-Rest zu geben gewillt ist. Ungarn und Österreich haben trübe Erfahrungen gemacht, in der Schweiz wurde ein Volksheld ermordet, Mussolini wird sich bedanken und England und Frankreich denken gar nicht daran. Bleibt als einziges lohnendes Objekt für die stille Tätigkeit eines hilflosen Flüchtlings eben Deutschland.



## Wie wird das Wetter?

Was der amtliche Bericht sagt

Das Hochdruckgebiet, das so lange Zeit über Skandinavien und nordwärts gelegen hat, verlagert sich jetzt schnell nach dem Süden und gewinnt daher immer stärkeren Einfluß auf unser Wetter. In der nächsten Nacht wird auch in Mitteldeutschland eine Abkühlung des Frostes in den Mittagsstunden zu erwarten sein. Weiter wird es aber immer wieder sehr kalt werden. Gefahrvetterlage läßt es durchaus möglich erscheinen, daß in der nächsten Nacht, zunächst in den deutsch-nordöstlichen Gegenden, die Wetterbeobachtungsstelle des Landwirtschastlichen Instituts gibt uns die tiefste Temperatur der letzten Nacht mit 23,5 Grad an.

Ausfichten: Zunächst noch Fortdauer des meist heiteren Wetters sehr strengem Frostzeit.

## Der verhängnisvolle Steinwurf

Er wollte sich todende Kinder vom Leibe halten

In der Gegend der Schlofferstraße hatte ein halbeschwerer Arbeiter in der Ecke seines Hauses eine Schlofferwerkstatt eingerichtet und mit einem Drehtisch versehen. Demselben waren nun alles in Ordnung gewesen, wenn nicht die Arbeiter jense Gegend unzufrieden gemacht hätten. Jungen in Lebensaltern machte es einen riesigen Spaß, Steine über die Werkstatt auf das Dach zu werfen.

Eines Tages führte der Schloffer G. auf dem Dach eine kleine Reparatur aus. Wieder fielen die Steine in die Werkstatt. Mit der Zeit fiel dies G. auf die Nerven: schimpfte — die Jungen lachten ihn aus, er raunte aus Mitleid und drohte über die Mauer — die Wengel, drei oder im Alter von 8 bis 7 Jahren, stoben auseinander und fielen in gefährlicher Entfernung über ihn lustig.

Schließlich griff er nach einem Stein und schleuderte ihn in den Keller auf Gerathewey unter die Kinder. Und ein immer häufiger ließ das Burgeschloß gerade den Kleinsten in den Kopf treffen und zwar mit solcher Wucht, daß der Kleinsten getötet wurde.

Der Junge ist zwar ohne Schädigung fürs Leben davonkommen, aber gegen G. wurde doch Anklage wegen Verletzung der Körperverletzung erhoben, wenn er sich auch entschuldigt haben bewies, den Stein geworfen zu haben, daß ihm das sehr ungeschicklich gegen die Beschädigten hervorgeht. Der Gericht leugnete er handhaft. Man sah ihn als überflüssig an und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 200 Mark. Denn doch das bloße Werfen mit Steinen auf den Kopf ist strafbar und man hat schon mit Geldstrafen bis zu 1000 Mark bestraft.

## Morgen deutschnationale Jahreshauptversammlung

Am Freitag abend findet im „Deutschen Gesellschaftshaus“, am Straße 63, die Jahreshauptversammlung des Deutschen Halle-Saalkreis der Deutschnationalen Partei statt. Besonders wichtig wird, wie wir in unserem ersten Hinweise betonten, die Versammlung durch die erstatteten Jahresberichte und Statistiken, durch die Vorworte der gleich für drei Jahre satzungsgemäß erfolgen muß, durch einen aktuellen Vortrag des Landtagsabgeordneten über das Thema „Stahlhelm und Deutschnationalen im Kampf gegen ein un deutsches System“. Zutritt haben Mitglieder gegen Vorzeigen der alten oder neuen Mitglieds-

Schaufensterbruch in einem Juweliergeschäft. In der Nacht zerklüfteten Einbrecher das Schaufenster eines Juweliergeschäftes in der Schmeerstraße und entwendeten aus dem Laden 15 Ringe, die jedoch glücklicherweise nicht alle waren. Der Diebstahl muß zwischen 3-4 Uhr morgens erfolgt sein. Die Kriminalpolizei bearbeitet die Angelegenheit bereits.

Ein Invalide überfahren und schwer verletzt. Gestern gegen 11 Uhr vormittags wurde in der Glauchaer Straße vor dem Hauptbahnhof Nr. 79 ein 53jähriger Invalide von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Der Fahrer des Kraftwagens entzog sich seiner Bestrafung durch die Flucht. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht, wo ein komplizierter Wundbruch festgestellt wurde.

Am der Ammoniakleitung abgebrannt. Gestern gegen 11 Uhr vormittags zog sich auf dem Schlachthof in der Freier Straße ein Arbeiter beim Aufschrauben einer Ammoniakleitung eine leichte Gasvergiftung zu. Er wurde mit einem Retortenwagen aus dem Ort abgeführt; die berufene Feuerwehre brachte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Betroffene konnte nach 1 1/2 Stunden die Arbeit wieder aufnehmen.

Das gefährliche Leuchtgasfeuer mit der Wismarstraße. Gegen 4 Uhr nachmittags brach in der Feuerwehre nach dem Brand in der Wismarstraße aus, wo beim Brand der Wismarstraße deren Verklebung in der Gegend war. Die Feuerwehre brachte nicht mehr ein, da der Brand von Hausdachern bereits gefürchtet wurde.

Die Feuerwehre muß eingreifen. Gestern gegen 11 Uhr nachmittags brach die Feuerwehre nach der Wismarstraße aus. Die Feuerwehre brachte nicht mehr ein, da der Brand von Hausdachern bereits gefürchtet wurde.

## Das Stadttheater braucht 600.000 Mark Zuschuß

Wir sind der Auffassung: Besser wirtschaften und mehr leisten!

Der Etat des Stadttheaters wird in der nächsten Zeit den Stadtoberordneten-Ausschüssen und dem Plenum des Stadtparlaments zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Voranschlag für 1929 sieht an Gesamtsumme 600.000 Mark vor. Im Jahre 1927 lag im Haushalt noch der Betrag von 511.883,96 Mark, im folgenden Jahre waren es 571.800 Mark. Der Zuschußbetrag ist also in dieser kurzen Spanne um rund 90.000 Mark gewachsen.

Es erhebt sich nun die Frage, ob die Bürgerpflicht der Stadt Halle die geforderte Summe von 600.000 Mark für das neue Jahr aufbringen soll oder nicht. In Normalzeiten würde man bedenkenlos zustimmen können, heute aber, wo die finanziellen Verhältnisse einzelnen außerordentlich drücken, erscheint es angebracht, zu unter-

suchen, inwiefern sich für ein Institut, das in der Hauptstadt dem Unterhaltungsbedürfnis dient (die kulturelle Bedeutung der Theater hat in diesem Sinne eine nicht zu unterschätzende Bedeutung), ein Aufwand von mehreren hunderttausend Mark rechtfertigen läßt.

Man kann sich nach aufmerksamer Beobachtung nicht des Eindrucks erwehren, daß im Stadttheater Halle nicht fernerhin die gewöhnliche Wirtschaft ist. Sie sind nicht allein künstlerische Forderungen, die sich in letzter Konsequenz auch auf die finanzielle Lage auswirken, sondern auch wirtschaftliche Mängel vorhanden, für deren Beseitigung unbedingte Sorge getragen werden muß.

Zunächst erhebt sich ein wesentlicher Widerspruch: die jährlichen Sinfonie-Konzerte. Es ist längst bekannt, daß die Konzerte im Stadttheater zu einem absoluten Fiasko geführt haben. Man verachtet zwar mit ein paar hundert Freizeitanhänger vorzusprechen, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Sinfonie-Konzert eine nicht zu unterschätzende Summe kostet. Die Qualität hermiten, allmonatliche Konzerte, die durch ihre Qualität höchsten Anforderungen genügen. Am übrigen gibt es außer der hervorragenden Singabteilung noch musikalische Veranstaltungen in so reicher Zahl, daß die Bedarfsfrage für die jährlichen Sinfonie-Konzerte ohne weiteres vernichtend werden muß. Es geht nicht an, daß die Stadt Zuschüsse gibt, um den persönlichen Ehrgeiz eines Operndirektors zu befriedigen. Der Theaterdeputation und dem Theaterregiment hätte schon längst die Unhaltbarkeit dieses Zustandes klar sein müssen.

Es ist ferner bekannt, daß durch Besetzung der Oper erhebliche Verluste entstanden sind, weil die Unzulänglichkeit von engagierten Mitgliedern wiederholt die Veranlassung der Entlassungen erforderlich machte. Wir können uns solche wirtschaftlichen Exzesse nicht leisten, es muß aber bei Engagements abschließen mehr Sorgfalt benommen sein. Man führe wieder die besetzten Stellen auf Anstellung ein, um der Kritik Gelegenheiten zu geben. Die Selbstverständlichkeit der Letzteren

Persönlichkeiten am Theater wird auf die Dauer für die Stadt zu teuer!

Einen absoluten Fiasko brachte auch das diesjährige Weihnachtsspiel. Warum man sich aus irgendwelchen Gründen entschuldigt, das höchst ansehnliche Kruppenspiel aufzuführen, statt ein prächtiges Weihnachtsmärchen zu wählen, ist schleierhaft. Das vorjährige Weihnachtsstück brachte fast aufwertauf Käufer, das Kruppenspiel wurde vor gähnenden Essen aufgeführt. Die finanzielle Einbuße beläuft sich nach oberflächlichen Schätzungen auf etwa 12-15.000 Mark.

Es ist wohl einleuchtend, daß der Spielplan mit der wesentlichsten Faktor ist, der sich auf die Kassenergebnisse fühlbar auswirkt. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht näher auf die Zahl der Eingänge, wie wenig interessant und ausgedehnt der Spielplan unseres Theaters ist, bemerkenswert aber erscheint ein anderer Umstand. Es widerstreben sich regelmäßig die Halle, daß Werke, die erhaltend zur Aufführung kommen, modernem Spielplan verschwinden, um dann plötzlich wieder aufzutreten. Das ist eine verhängnisvolle Spielplanstellung, denn jeder kundige Theaterleiter wird ein Stück, für das durch Aufführung und Kritik das Interesse geweckt wurde, so lange auf dem Spielplan belassen, bis die Tragkraft erloschen ist. Wir greifen den jüngsten Fall heraus: die Komödie „Schwundel“, die hier in Halle aus der Taufe gehoben wurde, errang einen durchschlagenden Erfolg. Dieses glänzend gebaute Theaterstück konnte ein Kassenerfolg erlangen, wenn man die Konjunktur ausgenutzt hätte. Wo blieb das Stück? Der Laufzeit war der Vorabend. Vergewagt man so viel Kraft und Aufwand, um ein Werk nur ein Mal herauszubringen? Wie war es mit dem „Belovten Tag“? Auch hier die erste Aufführung die letzte. Gewiß — das Werk war ein Erfolg, hat man aber nicht schlechten Blick, um nicht von vornherein die Bühnenwirtschaft zu erkennen?

Es ließe sich noch anderes sagen, man könnte Fragen aufwerfen, die mehr physiologischer Art sind, wir wollen aber höflich sein. Aber das ist gesagt: so geht es auf die Dauer nicht — somit stehen wir in kurzer Zeit vor der Frage: Abbau, Verparatung, Fusion oder Schließung. Die Theaterfrage im ganzen Reich wird wohl verschieden, das rebe man sich ja nicht ein! Es gilt daher, rationaler zu wirtschaften und künstlerischer zu arbeiten! Wir sind der Auffassung, daß sich Abstriche im Etat rechtfertigen lassen, ohne daß die Qualität der Darbietungen Einbuße erleidet. 600.000 Mark Aufwand für das Theater — wir behaupten, angeht für unser beiderseitigen Wirtschaftsführung und Leistungsumfang als zu hoch bezeichnet zu müssen. Den Stadtoberordneten ermahnt die Ausgabe, auch in diesem Etat Reduzierungen vorzunehmen.

## Eine Million für Straßen-Ausbau

Dem Haushaltsausschuss bewilligt — Mehrere Etats genehmigt

Gestern fand eine Sitzung des Haushaltsausschusses der Stadtoberordneten statt, die sich mit Etatfragen zu beschäftigen hatte.

Nach dem Testament des Stifters Johann Friedrich Schmidt sollen die Stiftungsgelder alljährlich solchen Instituten überwiesen werden, die in Halle mit privaten Mitteln nützliche Zwecke verfolgen. Der Magistrat beantragt, die aufgelaufenen Zinsen im Rechnungsjahr 1928 in Höhe von 875 Mark wie folgt zu verteilen: an die Kinderbewahnanstalt Langestraße des Verbandes für evangelische Kinderpflege 276 Mark und an die Kinderbewahnanstalt der „Gemeine Schwedener der heiligen Elisabeth“ 100 Mark. Der Zuschuß beschloß die Annahme der Vorlage.

Die außerordentlich ungünstigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt machen es für unabweisbaren Pflicht, zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Zu diesem Zwecke beantragt der Magistrat, so bald wie möglich mit dem für das Rechnungsjahr 1929 vorgesehenen Ausbau von Straßen Ordnung zu beginnen. Zur Ausführung dieser Arbeiten bedürfte der Zuschuß entsprechend dem Vorlage des Magistrats eine Million Mark aus Anleihenmitteln.

Vor Eintritt in die Etatberatung nahm der Finanzdeputierte das Wort und teilte dem Ausschuss mit, daß auf Grund einer Verfügung des Staatsministeriums die Abfertigungs- und die in den Militärlagen um 20 Prozent erhöht werden sind. Dies macht eine Mehrausgabe von rund 87.000 Mark aus. Dadurch, daß die Provinzialabgabe in der gleichen Höhe wie im Vorjahre bleibt, werden von dieser Summe etwa 33.000 Mark erspart. Es sind aber immer noch 54.000 Mark aufzubringen.

Der Vorsitzende des Ausschusses betonte bei dieser Gelegenheit nachfolgendes:

Der Etat sehr schwer unter die Lupe genommen werden mußte. Die halbesche Wirtschaft konnte keine Steuern mehr Steuern beitragen, sie würde sonst zum Erliegen kommen. Diese letzten Ausführungen riefen die Vertreter der Banken auf den Plan. Die Vertreter der G. R. D. und der A. B. D. glaubten darauf hinweisen zu müssen, daß die Lage der halbeschen Wirtschaft hinsichtlich nicht so ernst sei. Unter diesem Gesichtspunkt wollen beide Fraktionen in die Beratungen des neuen Etats eintreten.

Der Etat der Polizeiverwaltung schließt mit einer Einnahme von 38.000 Mark. Die Einnahmen wurden auf Antrag der Bürgerlichen um 1.000 Mark erhöht und die Ausgaben in einer Höhe von 8000 Mark herabgesetzt. Der Betrag 1.021.000 Mark. Der Zuschuß beläuft sich in der so abgeänderten Form auf 982.600 Mark. Der Etat wurde in dieser Form angenommen.

Der Etat der Tiefbauverwaltung schließt mit einer Einnahme von 258.000 Mark, die Ausgabe mit 1.048.500 Mark. Der Etat der Bauverwaltung schließt mit einer Einnahme von 2.217.000 Mark. Die Ausgaben sind zwangsweise, und der Etat wurde darum unverändert angenommen.

Der Etat der Straßenreinigung sieht eine Einnahme von 617.800 Mark und eine Ausgabe von 810.100 Mark vor. Wie vor-

berichts in unserem Bericht gelegentlich der letzten Haushaltsausführung berichtet, wurde die zurückgeleitete Vorlage über den Ankauf einer selbsttätigen Schneemaschine erneut beraten. Von einem Vertreter der Hausbesitzer wurde betont, daß die Maschine tatsächlich eine große Ersparnis bedeuten würde. Nach kurzer Beratung wurde der Ankauf beschlossen und die erforderlichen Mittel (30.000 Mark) bewilligt. Der Haushaltsauschluß für die Straßenreinigung beträgt 198.300 Mark. Der Etat wurde unverändert angenommen.

Die Vorlage über den Etat der Müllabfuhr wurde sehr lebhaft, da die

G. R. D. zwangsweise Einführung der halbeschen Müllabfuhr beantragt. Die Vertreter der Hausbesitzer nahmen scharf dagegen Stellung. Der Magistratsvertreter erklärte, daß demnach eine dahingehende Magistrate vorlage den Stadtoberordneten ausgehen würde. Wie sehr seien rund 2000 Grundstücke der Müllabfuhr anheim zu fallen, die in der Halle bei dem gestiegenen Hausbesitz. Auf Grund dieser Erklärung des Magistrats gegen die Antragsteller den Antrag zurück. Der Etat schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 188.000 Mark und wurde in der vorliegenden Form angenommen.

Der Etat des halbeschen Feuerwerks sieht eine Einnahme von 299.000 Mark und eine Ausgabe von 290.000 Mark vor. Hier ist ein Ueberschuß von 9.000 Mark vorhanden. Der Etat fand ebenfalls Annahme.

Der Etat der Stadtentwässerung schließt mit einer Einnahme von 947.000 Mark und einer Ausgabe von ebenfalls 947.000 Mark. Es wurde die Annahme beschlossen.

Der Etat der Friedhofsbewirtschaftung schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 410.000 Mark und wurde in unverändert Form angenommen.

Der Etat des städtischen Viehams schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 80.000 Mark und fand ebenfalls Annahme.

Zu den Beratungen der genannten Etatkapitel ist im ganzen zu sagen, daß diese

dem Finanzdeputierten (von so stark behaupten worden waren, daß auch bei scharfer Durchsicht Abstriche nicht gemacht werden konnten).

Die nächste Sitzung des Haushaltsausschusses findet am 21. Februar statt.

Aus der Marienkirche. Der für den 22. Februar im Paulusgemeindehaus folgende Familienabend des Sintergottesdienstes und Wächterabend wird verschoben, da der Magistrat der anwesenden Kinder erkrankt ist. Die geistlichen Herren behalten ihre Tätigkeit.

Die Vermählung der Brautpaare in der Paulusgemeinde findet am Sonntag, dem 23. Februar, abends um 8 Uhr im Paulusgemeindehaus, Hohenzollernstraße 11, statt. Superintendent D. Meinhof hält einen Missionsvortrag mit Musikern. Gäste sind sehr willkommen.

Graber-Entfernung. Im Hinnummstoll defizienten Kasse täglich großer Arbeit. Wegen Freitag, dem 22. Februar, sowie jeden Mittwoch und Freitag 5 Uhr-See. (Siehe Anzeige!)











